

Strohfeuer oder Wendepunkt?

Gewerkschaftliches Comeback in Zeiten der Krise

Von Hans-Jürgen Urban

Die erste Hälfte des Jahres 2013 ist eine Zeit wichtiger Tarifauseinandersetzungen. Im öffentlichen Dienst, der Metall- und Elektroindustrie sowie der chemischen Industrie wird erneut über die Verteilung der ökonomischen Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit gestritten. Noch vor einigen Jahren galt dabei als Gemeinplatz, dass die Gewerkschaften diese Verteilungskonflikte aus einer Position der politischen Schwäche führen. Die These von der strukturellen Defensive war nahezu Konsens in der deutschen und internationalen Forschung.¹ Doch dies scheint Vergangenheit: Ausgerechnet seit der großen Krise des Finanzmarktkapitalismus in den Jahren 2008 folgende und der existenziellen Bedrohung ganzer Industriesektoren häufen sich die Meldungen über ein Comeback der Gewerkschaften.

In der Tat spricht einiges für die Vermutung, dass die Gewerkschaften zurück sind: in der Politik als handlungsmächtige Akteure bei der Bearbeitung der Krise des Finanzmarktkapitalismus und in den Medien als eigentlich längst totgesagte Lobbyorganisationen. Diese neu gewonnene politische wie mediale Bedeutung basiert nicht zuletzt auf der einflussreichen Rolle der Gewerkschaften in der Krise. Dabei wird ihnen – und vor allem der IG Metall als der mitgliederstärksten deutschen Gewerkschaft – ein profunder Beitrag zum „deutschen Arbeitsmarktwunder“ und der Tatsache eingeräumt, dass die deutsche Wirtschaft vergleichsweise schadlos durch die Krise kam.

Auch in der Gewerkschaftsforschung häufen sich die Bemühungen, diese Entwicklungen begrifflich zu fassen. Da die einschlägigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen in Krisenbündnissen zwischen Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften getroffen wurden, wird einerseits über eine „Revitalisierung der Sozialpartnerschaft“ räsoniert.² Andererseits wird der Begriff des „Krisenkorporatismus“ ins Spiel gebracht. Dieser versucht, den Krisensozialpakt in der Tradition des „Modells Deutschland“ zu verorten, zu dessen Traditionsbeständen die jahrzehntelangen Erfahrungen der Akteure mit unterschiedlichen Spielarten politischer Konzertierung und der Abschied der Gewerkschaften von einer antikapitalistischen Klassenpoli-

1 Ulrich Brinkmann u.a., *Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung?* Wiesbaden 2008, und John Peters, *The Rise of Finance and the Decline of Organised Labour in the Advanced Capitalist Countries*, in: „New Political Economy“, 16/2011, S. 73-99.

2 Vgl. dazu die Beiträge in: „Industrielle Beziehungen“, 4/2012.

tik gehören.³ Doch zu welchen Ergebnissen der Wissenschaftsdiskurs auch gelangen mag, erklärungsbedürftig ist die unerwartete Präsenz der Gewerkschaften allemal. Fragen nach den Ursachen und der Nachhaltigkeit dieses Phänomens drängen sich auf. Ist das gewerkschaftliche Comeback vielleicht doch eher ein kurzzeitiges Strohfeuer oder markiert es einen Wendepunkt und den Beginn einer neuen Phase politischer Vitalität der Gewerkschaften?

Organisationsmacht und strategische Wahl

Fest steht: Im internationalen Vergleich agierten die deutschen Gewerkschaften im krisenkorporatistischen Sozialpakt relativ erfolgreich. Obwohl der Einbruch der Produktion überdurchschnittlich ausfiel, ging die Beschäftigung nur unterdurchschnittlich zurück. Die Gewerkschaften – insbesondere die IG Metall als Gewerkschaft der besonders gebeutelten Exportindustrie – konnten dabei signifikante Beiträge zur Sicherung von Branchen („Abwrackprämie“) und Beschäftigung („Kurzarbeit“ und „interne Arbeitszeitflexibilisierung“) leisten und mit Blick auf die eigene Klientel keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge erringen. Nicht, dass die Krise an ihnen und ihren Mitgliedern spurlos vorbeigezogen wäre. Schmerzhaftes Entwicklungen waren hinzunehmen. Arbeitsplatzverluste (nicht nur) außerhalb der Stammebelegschaften, verteilungspolitische Zugeständnisse und das Scheitern von Gewerkschaftsforderungen wie der nach einer grundlegenden Regulierung der Finanzmärkte oder der Einrichtung eines Public-Equity-Fonds konnten nicht verhindert werden.

Dennoch: Offensichtlich eröffnete der „Krisensozialpakt“ den Gewerkschaften Einflusskanäle, die sie mit dem vorhandenen Maß an gewerkschaftlicher Organisations- und Lobbykraft nutzen konnten. Ob eine Korporatismusverweigerung und eine Konfrontationsstrategie den machtpolitisch geschwächten Gewerkschaften bessere Resultate gebracht hätte, kann auch mit Blick auf die Entwicklungen in anderen Ländern durchaus bezweifelt werden. Wie neuere Forschungen zeigen, waren bereits vor der Krise gewerkschaftliche Militanz und politische Streiks nicht immer Ausdruck einer gewerkschaftlichen Offensive, sondern mitunter eher Reaktion auf eine Kooperationsverweigerung der Regierungen.⁴ Auch in der Krise wurden – nicht zuletzt aufgrund unzureichender Machtressourcen der Gewerkschaften – die „limits of radicalism“ sichtbar.⁵

Gleichwohl sollten die deutlich gewordenen Grenzen militanter Konfliktstrategien geschwächter Gewerkschaften nicht zu einer Geringschätzung von Organisationsmacht sowie von Konfliktfähigkeit und -bereitschaft ver-

führen. Die gewerkschaftliche Beteiligung am Sozialpakt ausschließlich als Beleg von Schwäche und Hilflosigkeit zu interpretieren, hieße, die Logik korporativer Aushandlungen misszuverstehen. Auch unter den Bedingungen einer kapitalistischen Schockkrise setzt die Einbindung von Gewerkschaften in korporatistischen Bündnissen ein Mindestmaß an Mobilisierungs- und Verhandlungsmacht voraus. Geschwächte Gewerkschaften ohne Vetomacht werden nicht integriert, sondern marginalisiert, wie die Entwicklung in einigen europäischen Nachbarländern belegt.

Systematische Mitgliederwerbung und -bindung

Letztlich, so lässt sich schlussfolgern, ist ein hinreichendes Maß an Organisationsmacht die Voraussetzung dafür, überhaupt zwischen einer Kooperations- oder einer Konfliktstrategie entscheiden zu können. Fehlt sie, ist weder das eine noch das andere aussichtsreich. Das verweist auf die Zentralität der Organisations- und Verhandlungsmacht als Voraussetzung strategischer Entscheidungen. Und diese Erkenntnis scheint in den gewerkschaftlichen Strategiezentralen durchaus präsent zu sein. Nach einer Phase der Erosion gewerkschaftlicher Macht gelang es etwa der IG Metall während und nach der Krise, die vorhandenen Bestände an Machtressourcen zu stabilisieren und auszubauen.

Das erste Element dieser Revitalisierungsstrategie bestand darin, Mitgliederwerbung und -bindung in der gewerkschaftlichen Praxis systematisch aufzuwerten. In den Krisenjahren 2009/2010 fand in der Metall- und Elektroindustrie infolge des Produktionseinbruchs ein forcierter Beschäftigungsabbau statt. Dieser beschleunigte den Mitgliederverlust der IG Metall, weshalb eine breite interne Debatte initiiert wurde. Um die Mitgliederbasis zu stabilisieren, wurde die Mitgliederfrage auf allen Organisationsebenen und bei allen Standardaufgaben, Projekten und Aktivitäten in den Fokus gerückt. Unterstützt wurden die Maßnahmen durch eine Neustrukturierung der Ressourcenverwendung.⁶ Die Erschließungsarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder(-gruppen) reicht seither von der Systematisierung der Erstkontakte mit Betrieben und Beschäftigten über den Ausbau der vorhandenen betrieblichen Verankerung bis hin zu mitgliederorientierten Konflikten mit dem Ziel der Tarifbindung.

Ein weiteres wesentliches Element der Mitgliederarbeit war die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten der Beschäftigten und der Mitglieder, etwa durch neue Formen der Ansprache oder regelmäßige, themengebundene Mitglieder- oder Betriebsrätebefragungen. In diesem Kontext spielt eine spezifische Variante gewerkschaftlichen *Organizings* eine wichtige Rolle. Organizing wird dabei als beteiligungs-, mitglieder- und konfliktorientierter Ansatz zur Realisierung sogenannter Erschließungsprojekte

3 Vgl. Hans-Jürgen Urban, *Crisis corporatism and trade union revitalisation in Europe*, in: Steffen Lehndorff (Hg.), *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis*, Brüssel 2012, S. 219–241.

4 John Kelly, Kerstin Hamann und Alison Johnston, *Unions against governments*, in: „Comparative Political Studies“ (i.E., <http://eprints.bbk.ac.uk/4247>).

5 Rebecca Gumbrell-McCormick und Richard Hyman, *Trade Unions in Western Europe*. Hard Times, Hard Choices (i.E.), S. 77.

6 So wurde ein merkliches Finanzvolumen über einen internen „strategischen Investitionsfonds“ von der Finanzierung von Vorstands- und Stabsabteilungen in die betriebliche und örtliche Mitgliederrekrutierung umgelenkt.

und damit zur Stärkung der Organisationsmacht konzipiert. Ergänzt werden diese Anstrengungen durch ein Halte- und Rückholmanagement, um die Fluktuation in der Mitgliedschaft zu reduzieren. Dabei arbeiten die örtlichen Organisationseinheiten („Verwaltungsstellen“) systematisch an der Rückholung ausgetretener Mitglieder. Erfolgreiche Ansätze werden gebündelt und im Rahmen eines internen Benchmarking-Verfahrens organisationsweit verbreitet, indem die Werbe- und Haltepraktiken besonders erfolgreicher Verwaltungsstellen zu Vorgaben für alle Verwaltungsstellen gemacht werden.⁷ Durch diese und andere Maßnahmen konnten Mitgliederverluste gestoppt und die Mitgliederzahlen ab 2011 sukzessive erhöht werden.

Erschließungsarbeit im Bereich prekärer Beschäftigung

Ein zweites Element der Revitalisierungsanstrengungen zielte auf die organisationspolitische Erschließung im Bereich prekärer Beschäftigung. In der Krise 2008 ff. zeigten sich im Feld der Leiharbeit die Grenzen gewerkschaftlicher Anstrengungen zur Beschäftigungssicherung. Seit der forcierten Deregulierung zu Beginn der 2000er Jahre hat sich die Leiharbeit auch in den Branchen der IG Metall stark ausgeweitet. Trotz gleicher Arbeitsleistung verdienen Leiharbeiter erheblich weniger als Stammbeschäftigte, haben weniger Rechte und ihre Beschäftigung ist unsicher.⁸

In der Krise ab 2008 wurde dann nahezu ein Drittel der Leiharbeitsbeschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall abgebaut. Nicht zuletzt als Reaktion auf diese Entwicklung forcierte die IG Metall eine Kampagne unter dem Motto „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“, die die Situation der Leiharbeitsbeschäftigten gezielt in die Öffentlichkeit brachte.⁹ Eingebettet war diese Kampagne in ein Konzept der sozialstaatlichen Neuordnung des Arbeitsmarktes, das auf die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zielt. Dadurch konnte die IG Metall nicht nur den Druck auf die politischen Entscheidungsträger erhöhen, sondern auch ihr arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Profil schärfen und Glaubwürdigkeit bei Stamm- und Randbelegschaften gewinnen. Insgesamt machten sich die kampagnen- und tarifpolitischen Aktivitäten auch in einem deutlichen Mitgliederzuwachs bemerkbar, so stieg speziell die Zahl der organisierten Leiharbeitsbeschäftigten von knapp 13 000 (2010) auf über 44 000 (2012). Betriebspolitisch konnten zudem betriebliche Vereinbarungen abgeschlossen werden, die die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Leiharbeiter verbesserten. Anschließend wurde die Bekämpfung der Lohndiskriminierung in der Leiharbeit zum Forderungsbestandteil der Tarifrunde 2012. Das Ergebnis war eine Tarifregelung, in der die Leiharbeitsentgelte durch Branchenzuschläge in Stufen deutlich erhöht werden.

⁷ Dies geschieht im Rahmen eines jährlichen „Geschäftsplanprozesses“, durch den die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen mit Zielzahlen der Mitgliederentwicklung abgestimmt und die Schwerpunkte der örtlichen Gewerkschaftspolitik des nächsten Jahres definiert wurden.

⁸ Vgl. Stefan Soost, Leiharbeit: Prekariat auf Abruf, in: „Blätter“, 9/2012, S. 23–26.

⁹ Vgl. www.gleichearbeit-gleichesgeld.de.

Maßnahmen gegen Leistungsverdichtung und Arbeitskraftverschleiß

Als drittes Strategieelement kann auf eine arbeits- und sozialpolitische Initiative verwiesen werden. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erodierte nicht nur das Normalarbeitsverhältnis. Zugleich kam es in vielen Unternehmen zur massiven Produktivitätssteigerung über Leistungsverdichtung und Arbeitsintensivierung. In der Folge nahmen psychische Erkrankungen unter den Beschäftigten deutlich zu. Darauf reagierte die IG Metall mit einer Kampagne gegen die permanente Leistungsverdichtung. In ihrem Zentrum stand die Forderung nach Schließung der „rechtlichen Regelungslücke“ durch eine bundeseinheitliche „Anti-Stress-Verordnung“ zum Schutz vor psychosozialen Gefährdungen. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch eine Kampagne „Gute Arbeit – Gut in Rente“. Ziel dieser Kampagne war die betriebsöffentliche und mediale Präsentation eines Konzeptes „optionaler Übergänge“ in die Rente, in dem der „Einheitsaltersgrenze 67“ flexible Ausstiegsoptionen gegenübergestellt wurden. Während die rentenrechtlichen Alternativen an die Politik adressiert wurden, konfrontierte man die Unternehmen mit der Forderung nach alternsgerechter Gestaltung der Arbeitsplätze.¹⁰

Die hier grob und exemplarisch skizzierten Kampagnen und Initiativen trugen dazu bei, die IG Metall als betriebliche Interessenvertretung und sozialpolitischen Akteur in Betrieben und Gesellschaft zu profilieren. Und dies mit Erfolgen bei der Mitgliederentwicklung und der betrieblichen Verankerung. Auch wenn sich die Nachhaltigkeit dieser Erfolge in zu erwartenden Perioden des Rückgangs von Produktion und Beschäftigung in der Metall- und Elektroindustrie noch erweisen muss, ist die IG Metall im Kampf gegen die Defensive durchaus vorangekommen.

Das Fazit lautet: Aufwertung der Mitgliederfrage, Interessenpolitik für prekär Beschäftigte und Initiativen gegen Arbeitsverdichtung haben zu einer operativen Professionalisierung und einer Stabilisierung von gewerkschaftlicher Organisations- und Verhandlungsmacht beigetragen. Diesen Initiativen lagen wichtige strategische Neuorientierungen zugrunde. Dabei kann der Strategie- und Politikmix der IG Metall durchaus als Beleg für erfolgreiches Organisationslernen gewertet werden. Angesichts der traditionellen Routinen einer Industriegewerkschaft, die ihre Mitgliederbastionen in den industriellen Stammebelegschaften weiß, kann vor allem die systematische Erschließungsarbeit im Bereich prekärer Beschäftigung als strategische Innovation gewertet werden. Dies spricht für die These, dass Gewerkschaften auch in Defensivkonstellationen in einem Möglichkeitsraum agieren, in dem ihnen eine „strategische Wahl“ offensteht und in dem strategisches Organisationshandeln und die richtige Strategiewahl über Verbleib oder Ausgang aus der Defensive (mit)entscheiden.¹¹

¹⁰ Das Forderungsspektrum umfasste Weiterbildungsangebote, Freistellungsrechte für Ältere von alterskritischen Tätigkeiten (z. B. Schicht- und Nachtarbeit), eine alternsgerechte Arbeitsgestaltung sowie Vorschläge einer entsprechenden Personalplanung.

¹¹ Diese These steht etwa im Zentrum des Jenaer Strategic-Unionism-Ansatz; vgl. Stefan Schmalz und Klaus Dörre (Hg.), Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, 2013 (i. E.).

Lohnpolitik in Europa – ein unbewältigtes Strategiethema

Nicht beantwortet ist allerdings die Frage, ob die Erfolge das Ende der gewerkschaftlichen Defensive und einen Wendepunkt markieren, der die Perspektive einer umfassenden gesellschafts-, politik- und wirtschaftsgestaltenden Offensive eröffnet. Es wäre jedenfalls riskant, aus den stabilisierenden Impulsen der operativen Professionalisierung umstandslos auf eine nachhaltige Revitalisierung zu schließen. Denn nach wie vor harren komplexe Strategieprobleme einer Lösung und sind die Anforderungen an die gewerkschaftliche Strategiefähigkeit enorm.

Zu diesen Problemen gehören zweifelsohne die Erschließung neuer wirtschaftlicher Leitsektoren und Beschäftigtengruppen sowie die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in allen Branchen. Bleiben hier Erfolge aus, wird die dauerhafte Stabilisierung gewerkschaftlicher Organisations- und Verhandlungsmacht nicht gelingen. Doch damit nicht genug. Betrachtet man die Zukunftsaussichten der Gewerkschaften aus der europäischen Perspektive, so lassen sich politikstrategische Probleme identifizieren, die in der gewerkschaftlichen Strategiedebatte bisher nicht annähernd hinreichend bearbeitet werden.

Eine der essenziellen Fragen lautet: Welchen Beitrag kann bzw. sollte die gewerkschaftliche Lohnpolitik in Deutschland zum Abbau des realwirtschaftlichen Ungleichgewichts in der Eurozone leisten? Dass die Bewältigung der Krise ohne eine Angleichung der Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten nicht zu haben ist, dürfte unstrittig sein. Als konfliktträchtiger erweist sich aber der dabei unverzichtbare Wertschöpfungstransfer von den starken zu den schwächeren Mitgliedstaaten, wie also eine Transferunion organisiert werden und welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen sollten.

Was folgt daraus für die Lohnpolitik? Zweifelsohne stabilisieren reallohnsteigernde und umverteilende Tarifabschlüsse in den industriellen Sektoren die hiesige Binnenökonomie, statt die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie zu stärken. Mitunter wurde in diesem Sinne von keynesianisch orientierten Ökonomen „ein zweiprozentiger Zuschlag zur Euro-Rettung“ auf die Tarifforderungen des Jahres 2013 empfohlen.¹² Doch die moderate Entwicklung der deutschen Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe, die den Lohndruck in den Nachbarländern erhöht hat, ist auch auf die eklatant niedrigen Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor zurückzuführen, die als Vorkosten in die Preise der Industrieprodukte eingehen.¹³ Hier scheitern entgegenwirkende Tarifabschlüsse aber oft an mangelnder gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht infolge zu geringer Organisationsgrade. Hinzu kommt, dass über alle Sektoren hinweg durch Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und generell sinkende Tarifbindung die Fähigkeit des Flächentarifvertrages nachlässt, die volkswirtschaftliche Lohnsumme zu regulieren.

¹² So Peter Bofinger, in: „Der Spiegel“, 7.1.2013.

¹³ Ulrike Stein, Sabine Stephan und Rudolf Zwiener, Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2011 und im 1. Halbjahr 2012, IMK-Report 77, November 2012.

Die Tarifpolitik muss sich ihrer Verantwortung stellen, ist alleine aber überfordert. Notwendig ist ein neuer Policy-Mix, in dem Instrumente der Primär- und Sekundärverteilung, also der tariflichen Einkommens- und der staatlichen Steuerpolitik, ineinandergreifen. Expansive Lohnabschlüsse müssten durch eine angemessene Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen ergänzt werden. Doch diese Erkenntnis macht die Sache nicht einfacher. Eine staatliche Korrektur der Marktverteilung von Einkommen und Vermögen steht offensichtlich vor großen Problemen: Die stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen trifft auf die massive Lobbymacht der Spitzenverdiener und Vermögensbesitzer und dürfte überdies durch die ideologische Angebotsorientierung der Entscheidungseliten in der EU blockiert sein.

Die Problemlage verschärft sich, stellt man in Rechnung, dass der Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone nach einer Beendigung der prozyklischen Austeritätspolitik sowie nach einer Förderung realökonomischer Wertschöpfung in den Schuldenstaaten verlangt. Doch dagegen stemmt sich vor allem die Regierung Merkel, die ihre politische Durchsetzungsfähigkeit in Europa nicht zuletzt dem Wettbewerbsvorsprung der deutschen Wirtschaft verdankt. Das dürfte die ohnehin kaum vorhandene Neigung zu einer grundlegenden politischen Kurskorrektur weiter zügeln.

Sollte die Abschöpfung von hohen Einkommen, Vermögen und Profiten jedoch nicht gelingen, bliebe nur eine Defizitfinanzierung der Maßnahmen. Eine schuldenfinanzierte Stützung von Konjunktur und Masseneinkommen, Infrastruktur und Wertschöpfung in den Krisenländern kollidiert jedoch mit dem Konsolidierungsprimat in der EU. Zugleich stößt sie auch an reale Grenzen der Staatsverschuldung. Aus der Finanzmarktkrise ist nämlich längst eine Staatsfinanzkrise geworden. Eine „asymmetrisch-symbiotische Beziehung“ zwischen öffentlichen Haushalten und dem Bankensystem in Europa und die unzulängliche Regulierung des Bankwesens ermöglichen „es scheiternden Banken, den Staat zur Rettung zu zwingen, um die Ansteckungsgefahr auf die Realwirtschaft zu bannen. Profite bleiben so privatisiert, aber Verluste werden sozialisiert.“¹⁴ Die Kosten dieser Politik sind gigantisch und pressen die Nationalstaaten in ein enges Korsett aus vermeintlichen Sachzwängen. Während einigen unter dieser Last der Staatsbankrott droht, verlieren andere mehr und mehr an wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Handlungsfähigkeit.

Die europapolitische Strategielücke schließen

Wollen die Gewerkschaften einen wirkungsmächtigen Beitrag zu einer zweckmäßigen Umverteilungs- und Wachstumspolitik leisten, stellen sich gänzlich neue Anforderungen an ihr politisches, vor allem ihr europapoli-

¹⁴ Mattias Kumm, It's the banks, stupid! Die Euro-Krise als Demokratiekrise, in: „WZB-Mitteilungen“, September 2012, S. 10-12, hier S. 10.

tisches Mandat. Mit Blick auf mehr Solidarität in einer europäischen Transferunion sind sie in einer Doppelrolle gefordert: als Tarifakteure, die vorhandene Spielräume durch eine offensive Verteilungspolitik ausschöpfen; und als politische Pressure Groups, die gegen den fatalen Austeritätswahn der Troika und für eine umverteilende und wertschöpfungsfördernde Wirtschaftspolitik mobilisieren.

Bisher ist eine eklatante Diskrepanz zwischen Anforderungen und gewerkschaftlicher Praxis nicht zu übersehen. Diese ist sicherlich auch auf mangelnde Durchsetzungskraft in Europa zurückzuführen. Doch zugleich signalisiert sie konzeptionelle Versäumnisse, die sich zu einer schmerzlichen europapolitischen Strategielücke ausgewachsen haben. Weder werden bei tarifpolitischen Zukunftsfragen oder bei der Formulierung nationaler Tarifforderungen ihre Wirkungen im Euroraum und ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbskonstellationen zwischen den Eurostaaten hinreichend reflektiert, noch werden die Tarifpolitiken der europäischen Gewerkschaften zielgerichtet koordiniert, von strategischen Konzepten für eine transnationale Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik ganz zu schweigen. Ohne die Anerkennung und Schließung dieser europapolitischen Strategielücke wird jedoch der Aufbau politischer Durchsetzungskraft gegenüber Kapital und europapolitischen Entscheidungseliten nicht gelingen. Die hier anstehenden Anforderungen werden bisher nicht einmal hinreichend formuliert, geschweige denn mit der notwendigen Dringlichkeit bearbeitet – ein Defizit, das dringend zu beheben ist.

Fest steht jedoch eins: Der europäische Finanzmarktkapitalismus befindet sich in einer krisenhaften Umbruchphase, die mit institutionellen Weichenstellungen einhergehen muss. Gegenwärtig steht das Euro-Projekt auf der Kippe, seine Zukunft ist ungewiss. Ob der gegenwärtige Entwicklungspfad in Richtung eines neoliberalen Regimes autoritärer Prekarität gewahrt wird oder ob ein Pfadwechsel in Richtung eines sozialeren und demokratischen Entwicklungsmodells gelingt, wird letztlich durch die Machtausstattung der widerstreitenden Akteure entschieden.¹⁵ Wollen die Gewerkschaften in diesen Konflikten präsent sein, bedarf es eines hinreichenden Maßes an Organisationsmacht und Strategiefähigkeit. Auch sie stehen vor der existenziellen Anforderung, strategische Antworten auf die Systemkrise Europas zu finden. Ob ihnen dies gelingt, wird über die Zukunft eines sozialeren Europas, aber auch über die der Gewerkschaften in diesem Europa entscheiden.

15 Hans-Jürgen Urban, Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus, in: „Blätter“, 7/2011, S. 77–88.